

**Landratsamt Vogtlandkreis**  
 Außenstelle Auerbach  
 Amt 410 – SG III  
 Friedrich-Naumann-Str. 3  
 08209 Auerbach

Aktenzeichen

Eingangsstempel

# Antrag auf Feststellung der **Schwerbehinderteneigenschaft** und Gewährung von Leistungen nach dem **Landesblindengeldgesetz (Erstantrag)**

Zutreffendes ankreuzen  oder ausfüllen

Ich beantrage

die Feststellung einer Behinderung, des Grades der Behinderung (GdB) und die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises nach **§ 69 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)**. Der Feststellungsantrag

erstreckt sich auf alle vorliegenden Funktionsbeeinträchtigungen  
 beschränkt sich auf die in diesem Antrag aufgeführten Funktionsbeeinträchtigungen (Beschränkung).

die Feststellung der gesundheitlichen Merkmale (**Merkzeichen**), die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Nachteilsausgleichen nach dem SGB IX oder nach anderen Vorschriften sind

Die Feststellung soll erfolgen  ab Antragseingang  rückwirkend ab

Bei Rückwirkung müssen rechtserhebliche Gründe vorliegen ( z.B. Steuererleichterung). Die Gründe bitte hier eintragen.

nur die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises, weil eine Feststellung über das Vorliegen einer Behinderung und den Grad der Behinderung schon in einem Rentenbescheid oder einer entsprechenden Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidung getroffen ist.

die Feststellung der gesundheitlichen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Parkerleichterung für besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen

die Gewährung von Leistungen nach dem **Sächsischen Landesblindengeldgesetz (LBlindG)** wegen

Blindheit  hochgradiger Sehschwäche  Gehörlosigkeit  Schwerstbehinderung des Kindes  
**(Bitte Anlage BL ausfüllen)**

**Um sachgerecht über Ihren Antrag entscheiden zu können, werden von Ihnen Informationen und Unterlagen benötigt. Sie werden deshalb gebeten, den Antrag sorgfältig und vollständig auszufüllen und uns die erbetenen Nachweise zu überlassen.**

Soweit in einzelnen Abschnitten der Platz für die Eintragungen nicht ausreicht, bitte die Angaben auf einem gesonderten Blatt machen.

## Angaben zur Person

Zu- und Vorname, ggf. Geburtsname		Geschlecht	
		<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich	
Geburtsdatum	Geburtsort	Kreis, Land	
<b>Wohnsitz</b> oder gewöhnlicher Aufenthalt - wenn abweichend vom Hauptwohnsitz -			
Straße, Haus-Nr.		Kreis	
Postleitzahl, Ort		Gemeinde – nur bei Abweichung vom Wohnort angeben	
		<input type="checkbox"/> in Sachsen <input type="checkbox"/> in .....	
telefonisch erreichbar unter ( ) (Angabe freiwillig)		derzeit erwerbstätig	
		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

Staatsangehörigkeit

**Ausländer** bitte eine amtliche Bescheinigung über den Aufenthaltstitel beifügen oder beiliegende Bescheinigung durch die zuständige Ausländerbehörde ausfüllen und unterzeichnen lassen.

**Grenzarbeiter** - ausländischer Arbeitnehmer - bitte Arbeitsbescheinigung des derzeitigen Arbeitgebers und Bescheinigung über die Arbeiterlaubnis des zuständigen Arbeitsamtes - soweit erforderlich - oder Ausweis über den kleinen Grenzverkehr beifügen.

Bei Minderjährigen bzw. bei Personen, für die ein Vormund oder Betreuer bestellt ist, bitte Namen, Vornamen und Anschrift des gesetzlichen Vertreters oder des bestellten Pflegers oder Betreuers angeben und **Betreuungsurkunde** vorlegen. Bevollmächtigte Personen bitte ebenfalls hier eintragen und die entsprechende Vollmacht beifügen.

Name, Vorname

Anschrift

### Nur Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises auf Grund anderweitiger Feststellungen

Hat eine andere Verwaltungsbehörde, ein Sozialversicherungsträger oder ein Gericht bereits einmal eine Feststellung über das Vorliegen einer Behinderung und den Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE = GdB) getroffen oder besitzen Sie eine vorläufige Bescheinigung von einer dieser Stellen oder läuft ein entsprechendes Verfahren?

<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, für nachfolgende Gesundheitsstörungen	Höhe der festgestellten MdE(=GdB)	Bezeichnung der Verwaltungsbehörde, des Sozialversicherungsträgers oder des Gerichts	Geschäftszeichen und Datum des Vorgangs oder der Entscheidung, ggf. Tag des Unfalls

Bitte Feststellungsbescheid oder -unterlagen beifügen. Nachfolgende Fragen brauchen Sie nur dann zu beantworten, wenn Sie weitere Funktionsbeeinträchtigungen geltend machen wollen oder wenn Sie Merkzeichen beantragen.

### Angaben über gesundheitliche Funktionsbeeinträchtigungen

Welche nicht nur vorübergehenden körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen werden von Ihnen geltend gemacht?	Schlüsselzahl (siehe rechts)	Bitte zu jeder Gesundheitsstörung die jeweils zutreffende Schlüsselzahl eintragen:
	<input type="checkbox"/>	1= angeborene Funktionsbeeinträchtigung
	<input type="checkbox"/>	2= Arbeits- oder Dienstanfall (einschl. Wegeunfall); Berufskrankheit
	<input type="checkbox"/>	3= Verkehrsunfall soweit nicht Arbeits- oder Dienstanfall (2)
	<input type="checkbox"/>	4= häuslicher Unfall soweit nicht Arbeits- oder Dienstanfall (2)
	<input type="checkbox"/>	5= sonstiger Unfall
	<input type="checkbox"/>	6= Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung; Impf-, Haft-, Gewalttat-, Verfolgungsschaden
	<input type="checkbox"/>	7= krankheitsbedingte Funktionsbeeinträchtigung
	<input type="checkbox"/>	8= sonstige Ursache

### Merkzeichen

Infolge meiner Gesundheitsstörungen bin ich meiner Meinung nach

- blind (**BL**)
- gehörlos (**GL**)
- hilflos (**H**)
  - Pflegestufe ..... liegt vor
- erheblich beeinträchtigt in der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr (**G**)
- außergewöhnlich gehbehindert (**aG**), weil ich mich nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb meines Fahrzeuges bewegen kann
  - auf die Benutzung eines Rollstuhles angewiesen
- auf ständige Begleitung bei Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln angewiesen (**B**)
- wesentlich sehbehindert (**RF**)
- wesentlich schwerhörig (**RF**)
- ständig** gehindert, an öffentlichen Veranstaltungen jeder Art teilzunehmen (**RF**)
  - ständig** bettlägerig
- bei Reisen mit der Deutschen Bahn AG wegen Schädigungsfolgen i.S. des Bundesversorgungsgesetzes / Bundesentschädigungsgesetzes auf die Unterbringung in der 1. Wagenklasse angewiesen (**1.Kl.**)

# Angaben über ärztliche Behandlungen wegen der geltend gemachten Funktionsbeeinträchtigungen

## Hausärztliche Behandlung

Datum der letzten Behandlung	Name und Anschrift

## Fachärztliche Behandlung in den letzten 5 Jahren - ohne Krankenhaus- und Kurbehandlung -

Behandlung von - bis	Name und Anschrift des behandelnden Arztes	wegen folgender Gesundheitsstörungen

## Krankenhausbehandlung in den letzten 5 Jahren

Behandlung von - bis	stationär	Name und Anschrift des Krankenhauses	wegen folgender Gesundheitsstörungen
	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>		

## Kurbehandlung in den letzten 5 Jahren

Behandlung von - bis	Name und Anschrift der Kuranstalt	Kostenträger	wegen folgender Gesundheitsstörungen

Welcher Arzt erhielt den Krankenhaus- bzw. Kurabschlussbericht?

Seine Anschrift lautet:

Bei welchen bisher noch nicht angegebenen Stellen (z.B. Gesundheitsamt, Landesversicherungsanstalt, Bundesversicherungsanstalt usw.) befinden sich weitere die Funktionsbeeinträchtigung betreffende Unterlagen, insbesondere ärztliche Gutachten, Untersuchungsbefunde, Röntgenbilder usw.?

Datum der Untersuchung	Name und Anschrift der Stelle	Geschäftszeichen

Bitte senden Sie auch die sich in Ihren Händen befindlichen medizinischen Unterlagen mit ein. Dabei sollen ärztliche Befundunterlagen nicht älter als 5 Jahre sein und im Zusammenhang mit den von Ihnen geltend gemachten Beeinträchtigungen stehen.

Zugehörigkeit zur Pflegekasse (Angabe nur erforderlich, wenn eine Untersuchung zu Gewährung von Pflegeleistungen durchgeführt wurde)

Datum der Untersuchung	Name und Anschrift der Pflegekasse	Mitgliedsnummer

## Ausweisausgabe

**Sie erhalten den Ausweis von der Stadt- oder Gemeindeverwaltung Ihres Wohnsitzes.**

Falls gewünscht, kann auf Antrag die Ausgabe des Ausweises bei der feststellenden Behörde erfolgen. (Reisekosten werden Ihnen jedoch nicht erstattet.)

Ich beantrage die Ausweisausgabe bei der Feststellungsbehörde.

**Allgemeine Hinweise (einschließlich Anlage BI)**

Ich versichere, dass ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Mir ist bekannt, dass **wahrheitswidrige Angaben strafrechtlich verfolgt** werden können und **zu Unrecht empfangene Leistungen zurückgezahlt** werden müssen.

**Änderungen** in den persönlichen Verhältnissen, insbesondere eine Besserung der angegebenen Funktionsbeeinträchtigungen, die Änderung des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts, der Entzug eines ausländerrechtlichen Aufenthaltstitels und die Beantragung bzw. der Bezug von gleichartigen Leistungen sind **unverzüglich** unter Angabe entsprechender Nachweise **mitzuteilen**.

Ich nehme zur Kenntnis, dass **medizinische Auskünfte und Unterlagen**, die die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Verfahren nach dem SGB IX oder LBlindG erhalten hat, nach den geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen **an andere Sozialleistungsträger übermittelt werden dürfen**, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist (§§ 69 Abs.1, 76 Abs.2 Nr.1 SGB X). **Dieser Datenübermittlung an andere Leistungsträger kann von Ihnen widersprochen werden.** Der Weitergabe kann auch noch später widersprochen werden.

Ich erhebe gegen diese Übermittlung Widerspruch.

**Die erhobenen Daten werden elektronisch gespeichert.**

Als Unterlagen sind beigelegt:

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Vollmacht   | <input type="checkbox"/> <b>Anlage BL</b>     |
| <input type="checkbox"/> Bestallungsurkunde  | <input type="checkbox"/> Ärztliche Unterlagen |
| <input type="checkbox"/> Kopie Personalausweis ( nur erforderlich bei Landesblindengeldantrag) | <input type="checkbox"/> .....                |

X

Datum

Unterschrift des Antragstellers oder

gesetzlichen Vertreters (  Eltern  Betreuer  Pfleger )  Bevollmächtigten

# Einwilligungserklärung

Name:

AZ:

Zur Feststellung der Behinderteneigenschaft (SGB IX) und der Entscheidung nach dem Landesblindengeldgesetz (LBlindG) ist es erforderlich, Unterlagen beizuziehen, die Auskunft über Ihren Gesundheitszustand oder über gewährte Sozialleistungen geben können (§ 67a SGB X). Sollten Sie die Einwilligung zur Beiziehung der Unterlagen verweigern, kann über Ihren Antrag nach dem SGB IX / LBlindG nicht oder nur eingeschränkt entschieden werden. Deshalb benötigen wir von Ihnen die **nachfolgende Einwilligungserklärung**.

**Die Einwilligungserklärung gilt auf Dauer, kann aber jederzeit schriftlich mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.**

Ich bin damit einverstanden, dass die für das Feststellungs- und Ausweisverfahren nach dem Sozialgesetzbuch –Neuntes Buch- (SGB IX) und/oder Verfahren nach dem Sächsischen Landesblindengeldgesetz (LBlindG) zuständige Behörde im Rahmen der Bearbeitung meiner Verwaltungsverfahren von Gerichten, Behörden, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und anderen Leistungsträgern -welche ich angegeben habe oder die aus den von mir überlassenen Unterlagen ersichtlich sind– **medizinische Unterlagen aller Art und Akten beizieht**, die sie für die Entscheidung über meinen Antrag benötigt.

Weiter bin ich einverstanden, dass von meinen **behandelnden Ärzten, Psychologen, Gutachtern und Einrichtungen Auskünfte eingeholt und Unterlagen zur Einsicht beigezogen werden**. Das schließt die Unterlagen ein, die diese Ärzte, Psychologen, Gutachter und Einrichtungen von anderen Ärzten, Psychologen, Gutachtern und Einrichtungen erhalten haben.

**Folgende Ärzte, Psychologen und Gutachter bzw. Einrichtungen schließe ich ausdrücklich von dieser Einwilligung aus:**

**Folgende Unterlagen schließe ich ausdrücklich von dieser Einwilligung aus:**

**Soweit sie durch diese Erklärung nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind, entbinde ich die beteiligten Ärzte, Psychologen, Gutachter und Einrichtungen von ihrer Schweigepflicht und erlaube die Erteilung von Auskünften und die Herausgabe von Unterlagen an die Verwaltungsbehörde.**

Untersuchungen und Begutachtungen, die während des laufenden Verfahrens stattgefunden haben, werde ich umgehend mitteilen. Wenn ich bei dieser Mitteilung nichts Gegenteiliges erkläre, bin ich damit einverstanden, dass auch die Unterlagen über diese Untersuchungen und Begutachtungen angefordert werden können

\_\_\_\_\_ Datum

X

\_\_\_\_\_ Unterschrift

**Bescheinigung der Ausländerbehörde** – nur ausfüllen lassen, wenn der Antragsteller Ausländer ist –

Zu- und Vorname, ggf. Geburtsname	
Geburtsdatum	
<b>Wohnsitz</b>	
Straße, Haus-Nr.	
Postleitzahl, Ort	

Der/die Antragsteller/in hält sich rechtmäßig im Bundesgebiet auf. Er/sie ist im Besitz einer/s:

<input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis	<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis
<input type="checkbox"/> Schengen-Visums	<input type="checkbox"/> zum Zweck der Ausbildung
<input type="checkbox"/> nationalen Visums	<input type="checkbox"/> zum Zweck der Erwerbstätigkeit (§§ 7, 16, 17 AufenthG)
(Aufenthaltszweck: _____)	<input type="checkbox"/> aus völkerrechtlichen Gründen (§ 7, 22, 23, 23a AufenthG)
<input type="checkbox"/> Duldung (§ 60a AufenthG)	<input type="checkbox"/> zum vorübergehenden Schutz (§ 7, 24 AufenthG)
<input type="checkbox"/> Bescheinigung für einen Freizügigkeitsberechtigten	<input type="checkbox"/> aus humanitären Gründen (§§ 7, 25 Abs. 1,2,3,5 AufenthG)
<input type="checkbox"/> Bescheinigung für ein Familienmitglied eines Freizügigkeitsberechtigten (§ 5 Abs. 1 Freizüg/EU)	<input type="checkbox"/> für vorübergehenden Aufenthalt (§§ 7, 25 Abs. 4 AufenthG)
<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis-EU für Familienmitglieder, die nicht EU-Bürger sind (§ 5 Abs. 2 Freizüg/EU)	<input type="checkbox"/> aus familiären Gründen (§§ 7, 27 ff AufenthG)
<input type="checkbox"/> Aufenthaltsgestattung (§ 55 AsylVfG)	<input type="checkbox"/> aufgrund eines Rechtes auf Wiederkehr (§§ 7, 37 AufenthG)

Das Asylverfahren wurde  abgeschlossen  noch nicht abgeschlossen

Eine Ausweisung oder Abschiebung ist

- wegen eines allein oder überwiegend in der Person des Asylbewerbers liegenden Grundes
- wegen eines objektiven, nicht in der Person des Asylbewerbers liegenden Grundes
- geplant ab \_\_\_\_\_
- derzeit nicht absehbar und deshalb
- völlig zukunfts offen

sonstiges: \_\_\_\_\_

Aufenthaltstitel bzw. anderer Nachweis gültig bis: \_\_\_\_\_

Erwerbstätigkeit ist erlaubt:  ja  nein

\_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift, Stempel

# Anlage BL

Name:

Aktenzeichen:

## Zusätzliche Angaben bei Beantragung von Leistungen nach dem LBlindG

Die folgenden Punkte nur ausfüllen, wenn Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz beantragt werden!

### Bezug/Beantragung von Leistungen der Pflegeversicherung

<input type="checkbox"/> Ich <b>erhalte</b> folgende <b>Leistungen der Pflegeversicherung</b> (SGB XI) bzw. habe derartige <b>Leistungen beantragt</b> ::					
Pflegestufe	Leistungsart				
<input type="checkbox"/> I <input type="checkbox"/> II <input type="checkbox"/> III	<input type="checkbox"/> häusliche/ambulante Pflege (§ 36 SGB XI)	<input type="checkbox"/> stationäre Kurzzeitpflege (§ 42 SGB XI)			
	<input type="checkbox"/> Pflegegeld (§ 37 SGB XI)	<input type="checkbox"/> vollstationäre Pflege (§ 43 SGB XI)			
	<input type="checkbox"/> Kombinationsleistung (§ 38 SGB XI)	<input type="checkbox"/> Pflege in vollstationärer Einrichtung d. Behindertenhilfe (§ 43a SGB XI)			
	<input type="checkbox"/> Tages-/Nachtpflege (§ 41 SGB XI)	<input type="checkbox"/>			
Meine <b>zuständige Pflegekasse</b> ist die	<input type="checkbox"/> AOK	<input type="checkbox"/> DAK	<input type="checkbox"/> Barmer	<input type="checkbox"/> IKK	<input type="checkbox"/> _____
<input type="checkbox"/> Ich erhalte <b>keine Leistungen</b> der Pflegeversicherung bzw. habe derartige Leistungen auch <b>nicht beantragt</b> . Bitte den entsprechenden Bescheid in Kopie beifügen.					

### Aufenthalt in Heimen, Anstalten oder vergleichbaren Einrichtungen

Liegt derzeit eine ständige Unterbringung in einem Heim, einer Anstalt oder einer vergleichbaren Einrichtung (Pflegeheim, Altenheim, Rehabilitationseinrichtung o.ä.) vor oder ist eine solche Unterbringung beabsichtigt?		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
<b>Falls eine Heimunterbringung vorliegt, bitte nachstehende Bestätigung über Heimaufenthalt ausfüllen lassen</b>			
Hiermit wird bestätigt, dass bei			
Zu- und Vorname,		Geburtsdatum	
eine ständige Unterbringung in einem Heim, einer Anstalt oder einer vergleichbaren Einrichtung (Pflegeheim, Altenheim, Rehabilitationseinrichtung o.ä.) vorliegt oder eine solche Unterbringung beabsichtigt ist			
Name/Anschrift der Einrichtung		Art der Einrichtung	
seit/ab	öffentlich-rechtlicher Kostenträger des Aufenthalts:	Die <b>Kosten des Aufenthalts</b> werden	
	.....	<input type="checkbox"/> in vollem Umfang <input type="checkbox"/> teilweise <input type="checkbox"/> nicht	
	Name/Anschrift des Kostenträgers	<input type="checkbox"/> Die <b>Pflegeversicherung</b> trägt die Kosten als Leistung zur vollstationären Pflege	
Die Einrichtung wird <u>regelmäßig jedes</u> Wochenende für einen Aufenthalt zu Hause verlassen ?			
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein, die Einrichtung wird <input type="checkbox"/> nie <input type="checkbox"/> selten <input type="checkbox"/> <u>regelmäßig</u> an _____ Tagen/Monat verlassen.			
Die vorstehenden Angaben werden bestätigt:		Stempel/Unterschrift der Einrichtung	

## Bezug/Beantragung von anderen Sozialleistungen

Ich <b>erhalte</b> folgende <b>andere Sozialleistungen</b> bzw. habe derartige <b>Leistungen beantragt</b> :		Stelle, Aktenzeichen	
1. Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) oder Gesetzen, die das BVG für entsprechend anwendbar erklären (OEG, IfSG, SVG, ZDG u.a.) oder nach dem UntAbschlG oder dem Anti-DHG.	<input type="checkbox"/> Ja		<input type="checkbox"/> Nein
2. Leistungen nach dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung (SGB VII).	<input type="checkbox"/> Ja		<input type="checkbox"/> Nein
3. Leistungen anderer Bundesländer nach dortigen Bestimmungen wegen Blindheit, hochgradiger Sehschwäche, Gehörlosigkeit oder als schwerstbehindertes Kind.	<input type="checkbox"/> Ja		<input type="checkbox"/> Nein

## Bescheinigungen zur Beantragung von Leistungen nach dem LBlindG

<b>Bescheinigung der Meldebehörde in Sachsen oder Kopie Personalausweis</b>		Diese Bescheinigung wird Ihnen von den Meldebehörden gem. § 64 SGB X kostenfrei ausgestellt.	
<b>Die Richtigkeit der nachstehenden Angaben wird durch die Meldebehörde bestätigt:</b>			
Zu- und Vorname, ggf. Geburtsname und frühere Namen		Geburtsdatum	
ist hier gemeldet	seit .....	mit dem <input type="checkbox"/> Hauptwohnsitz <input type="checkbox"/> Nebenwohnsitz.	
Ein Zuzug erfolgte	am .....	von ..... <small>früherer Wohnort, Bundesland</small>	
Datum	Unterschrift/Stempel der Meldebehörde		

## Zustehende Leistungen sollen auf das folgende Konto überwiesen werden:

<input type="checkbox"/> eigenes Konto	<input type="checkbox"/> gemeinsames Konto	<input type="checkbox"/> Fremdkonto (bitte Kontoinhaber angeben)
Kontoinhaber		
Kontonummer	bei (Geldinstitut)	Bankleitzahl
IBAN	BIC/SWIFT-Code	
Leistungen nach dem LBlindG können nicht auf Dritte übertragen, verpfändet oder gepfändet werden. Soweit die Leistungen auf ein Fremdkonto überwiesen werden sollen, ist der Grund für die Überweisung zugunsten des Fremdkontos anzugeben.		
..... Datum	..... Unterschrift/en Antragsteller, bei Fremdkonto zusätzlich Kontoinhaber	
<b>Zahlungen für minderjährige Leistungsberechtigte ohne eigenes Konto</b> Die Rechtmäßigkeit der Zahlungen auf das angegebene Konto zugunsten von Personensorgeberechtigten hängt von deren tatsächlichen Ausüben der Personensorge (insbesondere der Vermögenssorge) für den minderjährigen Leistungsberechtigten ab. Zahlungen stehen regelmäßig nicht zu, wenn die Zahlungsempfänger die tatsächliche Personensorge nicht oder nicht mehr ausüben. Änderungen in der Personensorge für den minderjährigen Leistungsberechtigten sind deshalb unverzüglich sowohl vom bisherigen als auch vom neuen Personensorgeberechtigten mitzuteilen. Nicht rechtmäßige Zahlungen zugunsten nicht oder nicht mehr sorgeberechtigter Personen werden zurückgefordert.		
Sofern die Zahlungen auf das Konto eines Personensorgeberechtigten geleistet werden sollen, ist bitte von <b>beiden</b> Personensorgeberechtigten zu unterschreiben.		

## Anspruchsvoraussetzungen nach dem EU-Recht

(nicht vom Antragstellern auszufüllen, die in Sachsen wohnen und nicht bzw. nicht im EU-Ausland arbeiten)

Beschäftigungsverhältnis in Sachsen	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Beschäftigungsland/-ort: Arbeitgeber: (Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers vorlegen)		
Entsandter (Beschäftigung über ein deutsches Unternehmen im Ausland)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Land/ort der Entsendung: Arbeitgeber: (Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers vorlegen)		
Ich erhalte im Beschäftigungsland folgende andere Sozialleistungen oder habe diese beantragt: (Bewilligungsbescheid beifügen)		
Leistungen der Kriegsopferversorgung, Gewaltopferversorgung oder andere vergleichbare Leistungen	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung oder vergleichbare Leistungen	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Leistungen des Beschäftigungslandes nach dortigen Bestimmungen wegen Blindheit, hochgradiger Sehschwäche, Gehörlosigkeit oder vergleichbare Leistungen	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

## Hinweis zum Übergang von Schadenersatzansprüchen

Nach § 8 Abs.1 S.1 LBlindG in Verbindung mit § 116 SGB X gehen gesetzliche **Schadenersatzansprüche, die Sie gegen den Verursacher des Gesundheitsschadens haben** (z.B. der Unfallgegner), **auf den Landkreis/kreisfreie Stadt bzw. den Freistaat Sachsen über**, soweit Ihnen wegen dieses Gesundheitsschadens Leistungen nach dem LBlindG zu gewähren sind, die die behinderungsbedingten Mehraufwendungen im täglichen Leben ausgleichen sollen. Sie oder beauftragte Dritte dürfen daher über Schadenersatzansprüche gegen den Schadensverursacher insoweit nicht mehr verfügen, insbesondere **keinen Vergleich schließen oder Zahlungen entgegennehmen**, sofern hierdurch die auf die Verwaltung übergegangenen Schadenersatzansprüche berührt werden. Ein Verstoß dagegen kann eine Schadenersatzpflicht Ihrerseits gegenüber der Verwaltung begründen.

Ansprüche auf **Schmerzensgeld und Ersatz von Sachschäden** dürfen jedoch ohne Einschränkung selbst gegenüber dem Schadensverursacher geltend gemacht werden.